

An
PD Dr. Ingo Elbe
An der Weide 34
28195 Bremen
e-mail: ingoelbe@web.de
und die ErstunterzeichnerIn
des Protestschreibens gegen die BDS-Veranstaltung



Oldenburg, der 2.5.2016

Sehr geehrte Dame und Herren!

In Ihrem Schreiben vom 27.4.2016 fordern Sie die ESG Oldenburg dazu auf, einen Vortrag zur palästinensischen Menschenrechtskampagne BDS abzusagen.

Als Alumnus der Universität Oldenburg und des Instituts für Philosophie, freue ich mich, dass die PhilosophInnen der Universität den viel zitierten „Elfenbeinturm“ verlassen um in aktuelle gesellschaftliche Vorgänge einzugreifen. Als Redner der kritisierten Veranstaltung, der nun unter anderem dank Ihrer Intervention droht abgesagt zu werden, erlauben Sie mir vielleicht die folgenden Bemerkungen.

Auch wenn Sie dies in Ihrem Schreiben nicht explizit ausformulieren, so möchte ich doch davon ausgehen, dass Ihrem –vermeintlichen- Engagement gegen Antisemitismus und gegen BDS positive Werte zugrunde liegen. Am naheliegendsten dürfte dabei als ethische Basis des Diskurses in einer säkularen Gesellschaft das Eintreten für Menschenrechte sein.

Es hat den Anschein, dass Sie sich nicht die Mühe gemacht haben, das Gründungsdokument der BDS-Bewegung –den Aufruf aus dem Jahre 2005- zu lesen. Sie hätten sonst erkennen können, dass restlos alle Forderungen der Bewegung durch internationales Recht, UN-Konventionen und die Menschenrechte abgedeckt sind. Auch ist weder offen noch verdeckt von der „Vernichtung Israels“ die Rede und dies aus dem einfache Grunde, dass dies nicht das Ziel der Kampagne ist.

Der umfassende Boykottaufruf wurde mit der Zielsetzung initiiert die genannten Rechte der PalästinenserInnen nach Jahrzehnten des diplomatischen Stillstands, einer aggressiven Enteignung und Besiedlung palästinensischen Landes durch israelische Siedler, des kontinuierlichen Baus einer Apartheidsmauer, der Bombardements von zivilen Wohngebieten und Einrichtungen in Gaza etc. endlich Geltung zu verschaffen. Und dies mittels gewaltfreier Mittel und appellierend an gesellschaftlich aktive Menschen weltweit (was bereits im Gründungsaufruf explizit alle Israeli potentiell miteinschließt).

Die von Ihnen formulierten Einwürfe zur BDS-Veranstaltung sind weit davon entfernt in einem ähnlichen Maße schlüssig zu sein wie die Kampagne selbst. Nirgendwo gehen Sie auf die genannte historische Grundsituation heute und/oder der letzten Jahrzehnte ein, geschweige denn dass sie diese korrigieren könnten- aber auf diese Situation beruhen ja schließlich die Forderungen der PalästinenserInnen! Sie folgen stattdessen der „bewährten“ Strategie eine für Ihre Vorurteilsstrukturen unangenehmen Menschenrechtsbewegung durch den Antisemitismusvorwurf zu deligitimieren. Hierzu möchte ich *Jewish Voice for Peace* zitieren, weil es bündiger nicht geht:

“BDS opposes all forms of racism and oppression, including anti-Semitism. It specifically targets oppressive policies and the institutions and companies that uphold them, not Jewish people. Criticism of Jews for being Jews is anti-Semitic; criticism of the state of Israel is not.”

Die von Ihnen formulierte Sorge um das Wohl der palästinensischen ArbeitnehmerInnen erscheint in diesem Zusammenhang eher hohl und wenig überzeugend. Dies unter anderem deshalb, weil Sie im gesamten Brief beinahe ausschließlich pauschalisierend von „Arabern“ reden, wenn Sie PalästinenserInnen meinen. Das Adjektiv „palästinensisch“ darf aber dann verwendet werden, wenn es um „Vernichtungsantisemiten“ geht –übrigens ein entlarvendes Begriffsungetüm, das den unbedingten Willen zur Dämonisierung offenbart. Behaupteten Sie nicht eingangs *gegen* Dämonisierung einzutreten?

„Denken Sie einmal an die zahllosen Ehrendoktorwürden, die Nelson Mandela und ich von Universitäten überall auf der Welt empfangen haben. Viele genau dieser Universitäten hatten Akademikern, die ihnen wegen ihrer Beteiligung am Kampf gegen die Apartheid >zu politisch< waren, eine feste Anstellung verwehrt. Sie weigerten sich auch, Südafrika Kapital zu entziehen, weil das >den Schwarzen schaden würde< (in Südafrika zu investieren, hielt man nicht für politisch, zu deinvestieren aber schon). Diese Inkonsistenz sollte im Kampf der Palästinenser gegen die Besatzung nicht wiederholt werden.“

Desmond Tutu, 2002

Anknüpfend an Tutu, der sich auch sonst vehement für die Rechte der PalästinenserInnen einsetzt (zuletzt in seinem offenen Brief an den Evangelischen Kirchentag in Deutschland in 2015), seien Ihnen die folgenden Fragen gestellt:

Warum nehmen Sie die PalästinenserInnen von den Menschenrechten aus? Werden Sie zu jenen AkademikerInnen und UniversitätsvertreterInnen gehören, die sich im Sinne Tutus in der Zukunft Wendehalsigkeit werden vorwerfen lassen müssen? Wie konsistent ist ihr Eintreten für eine vermeintliche Opfergruppe, wenn Sie zugleich ignorieren, dass es die PalästinenserInnen sind, denen die Menschenrechte durch Israel durchgängig verwehrt werden?

Sie fordern die ESG zur Absage der Veranstaltung auf.

Ich fordere Sie zu einer öffentlichen Debatte in Form eines Podiumsgesprächs zu dieser Thematik auf. Dabei erhalten beide Parteien auf paritätischer Basis das Rederecht und können ausführlich Ihre Positionen darlegen bzw. diese gegenseitig kritisieren; eine unabhängige Moderation wäre wünschenswert.

Ich freue mich über die Nennung möglicher GesprächspartnerInnen, die sich der Diskussion stellen. In dieser Sache bleibe ich auch mit der ESG im Gespräch.

Ich kann mir kaum vorstellen, dass Sie derartig schwere Vorwürfe erheben, zur Absage einer öffentlichen Veranstaltung aufrufen und sich dann der Debatte entziehen. Ich freue mich daher auf Konkretisierungsvorschläge Ihrerseits!

Frieden durch Gerechtigkeit!

Christoph Glanz